

RHEINLAND-PFALZ KANN MEHR. PACKEN WIR'S AN.

**WAHLPROGRAMM
DER FREIE WÄHLER RHEINLAND-PFALZ
FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026**



FREIE WÄHLER

Rheinland-Pfalz

Präambel

Rheinland-Pfalz steht vor entscheidenden Weichenstellungen: Eine alternde Gesellschaft, ein unter Druck geratener Wirtschaftsstandort und ein Bildungssystem, das den Anschluss an die Spitze verliert, das alles stellt unser Land vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig erleben viele Bürger wachsende Zweifel an staatlicher Handlungsfähigkeit, gesellschaftlicher Stabilität und politischer Glaubwürdigkeit.

Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz wollen mit einem Programm der Vernunft und Bodenständigkeit Antworten geben. Unser Leitmotiv lautet: Lösungen statt Ideologien. Wir stehen für sachorientierte Politik – unabhängig, kommunal verwurzelt und frei von parteipolitischer Bevormundung. Unser Ziel ist es, die Lebensqualität zu steigern, die Freiheit des Einzelnen zu schützen und unseren Kindern ein starkes, lebenswertes Rheinland-Pfalz zu hinterlassen.

Dieses Programm richtet sich an alle, die unser Land mitgestalten wollen. Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns ein besseres Rheinland-Pfalz zu schaffen. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme – für ein Land, das Chancen sichert, Freiheit schützt und endlich wieder auf Kurs kommt.

Inhalt

A	Effektiver regieren, Recht und Sicherheit stärken	4
A.1	Umfangreiche durchgreifende Reformen.....	4
A.2	Sicherheit verbessern	4
A.3	Justiz stärken – fair, schnell und nah	5
A.4	Organisierte Kriminalität systematisch bekämpfen.....	5
A.5	Kinderschutz stärken.....	6
A.6	Demokratie innovativ gestalten	7
A.7	Extremismus vorbeugen – Freiheit durch Aufklärung schützen.....	7
B	Bildung und Digitalisierung	8
B.1	Digitale Infrastruktur	8
B.2	Frühkindliche Bildung und Übergänge.....	8
B.3	Chancengleichheit und individuelle Förderung	9
B.4	Strukturreform und Organisationsentwicklung	10
B.5	Ausstattung, Räume und Technologie	10
B.6	Personal, Lehrkräfte und Schulqualität.....	11
B.7	Übergänge in Ausbildung, Handwerk und Studium	11
B.8	Vernetzung mit Wirtschaft und regionaler Entwicklung.....	12
C	Gesundheit, Pflege und Soziales.....	12
C.1	Medizinische Versorgung sichern – Ärzte fördern	12
C.2	Sofortmaßnahmen zum Systemerhalt	13
C.3	Ärzte entlasten, Heilmittelerbringer stärken	14
C.4	Geburtshilfe sichern – Hebammen stärken.....	14
C.5	Pflege stärken und alternative Wohnformen fördern	14
C.6	Prävention, Altersforschung und Gero-Medizin	15
C.7	Wohnen ist soziale Gerechtigkeit.....	15
C.8	Bauen erleichtern statt verhindern	16
C.9	Familienpolitik mit Maß und Verantwortung	16
D	Wirtschaft, Mittelstand und Arbeit	17
D.1	Gründungsstart erleichtern – einfach, digital, fair	17

D.2	Vergaberecht reformieren	18
D.3	Handwerk und Mittelstand stärken.....	19
D.4	Technologieförderung stärken – Zukunft sichern	20
D.5	Wirtschaftsstandort sichern – für eine Zukunft in Rheinland-Pfalz	20
E	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau	21
E.1	Bäuerliche Landwirtschaft und Flächensicherung	22
E.2	Regionale Lebensmittelversorgung stärken.....	22
E.3	Faire Marktbedingungen schaffen.....	22
E.4	Bürokratie abbauen.....	22
E.5	Weidetierhaltung schützen - Wolfspopulation regulieren.....	23
E.6	Praxistauglicher Pflanzenschutz und Düngung	23
E.7	Vielfalt der Landwirtschaft und neue Geschäftsfelder.....	23
E.8	Nachhaltiger Wald und Weinbau.....	23
F	Kommunen, Finanzen und Demokratie	24
F.1	Kommunale Finanzen reformieren – Handlungsfähigkeit sichern	24
F.2	Straßenausbaubeiträge abschaffen – Bürger entlasten, Gerechtigkeit schaffen	25
F.3	Bürokratieabbau und Digitalisierung in der Kommune	26
F.4	Sportland Rheinland-Pfalz – Bewegung fördern, Ehrenamt stärken	27
G	Umwelt, Energie und Infrastruktur	28
G.1	Gemeinsam für den Schutz unserer Flora und Fauna.....	28
G.2	Umweltschutz mit Vernunft.....	29
G.3	Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Technologieoffenheit.....	29
G.4	Mobilität und Verkehr	30
G.5	Infrastruktur und Digitalisierung	31
G.6	Forschung und Innovation.....	32
H	Wissenschaft, Forschung und Hochschule	32
H.1	Hochschulstandorte sichern und ausbauen.....	32
H.2	Forschungsförderung und Transfer.....	33
H.3	Wissenschaftsfreiheit und Nachwuchsförderung	33
H.4	Kooperationen und lebenslanges Lernen	33
I	Kultur und Heimatpflege	34

I.1	Kultur für alle	34
I.2	Kulturförderung	34
I.3	Ehrenamtliches Engagement belohnen	35
I.4	Kreativwirtschaft und neue Medien	35
I.5	Denkmalschutz und traditionelle Kultur.....	35
J	Europa und internationale Zusammenarbeit	35
J.1	Subsidiarität und Demokratie	35
J.2	Faires Europa der Wirtschaft und Innovation.....	36
J.3	Grenzregion stärken – Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in der Großregion	36
J.4	Subsidiarität statt Überregulierung.....	37
K	Migration, Integration und Zusammenhalt	38
K.1	Rückführungen konsequent durchsetzen – Ausreisepflicht gilt	38
K.2	Ausreisepflicht muss durchgesetzt werden.....	39
K.3	Spurwechsel für echte Integrationsleistung – rechtspolitische Forderung	39
K.4	Kommunale Entlastung durch Koordination und Effizienz.....	40
K.5	Integration für Bleibeberechtigte – Fordern und Fördern.....	40
K.6	Rechtliche Richtschnur: Grundgesetz und Europarecht.....	41
L	Zusammenfassung und Ausblick	41

A Effektiver regieren, Recht und Sicherheit stärken

A.1 Umfangreiche durchgreifende Reformen

Die Staat muss endlich wieder für die Menschen da sein. Wir FREIE WÄHLER wollen Schluss machen mit endlosen Wegen, doppelten Zuständigkeiten und Formularflut. Rheinland-Pfalz braucht einen modernen, schlanken und bürgernahen Staat, der anpackt statt aufhält. Deshalb wollen wir die Verwaltungsstrukturen im Land grundlegend reformieren und die Zahl der Ministerien verringern – durch die Abschaffung von zwei Ministerien und eine Neuzuschnitte der verbleibenden Ressorts. Themen, die zusammengehören, sollen künftig auch gemeinsam bearbeitet werden – etwa Bildung und Wissenschaft oder Umwelt und Landwirtschaft. So schaffen wir klare Zuständigkeiten, reduzieren Reibungsverluste und sorgen dafür, dass Entscheidungen schneller, nachvollziehbarer und effizienter getroffen werden.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der Digitalisierung. Sie ist kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu mehr Service, Transparenz und Effizienz. Bürger sollen Behördengänge digital erledigen können – einfach, sicher und ohne Umwege. Verwaltung muss so funktionieren, wie die Menschen arbeiten und leben: nachvollziehbar, mit zügigen Ergebnissen und verlässlich.

Wir wollen prüfen, ob durch neue digitale Abläufe, den Einsatz von künstlicher Intelligenz und schlankere Organisationsstrukturen künftig auch ganze Ministerien zusammengeführt oder überflüssig werden können. So kann Bürokratie abgebaut und der Staat handlungsfähiger gemacht werden. Wir wollen einen Staat, der weniger kostet und besser funktioniert.

A.2 Sicherheit verbessern

Sicherheit ist die Basis von Freiheit und Zusammenhalt in unserem Land. Die FREIEN WÄHLER stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz wieder ein Ort wird, in dem sich jede Bürgerin und jeder Bürger sicher fühlt – auf dem Schulweg, im Bus, beim Spaziergang. Dafür muss die Polizei sichtbarer sein, besonders auf dem Land, und die Ausstattung muss modern sein: Dienstwaffen, Fahrzeuge, Schutzausrüstung und digitale Technik müssen dem Stand der Zeit entsprechen. Dies gilt auch für Dienstgebäude, die teilweise sogar sanierungsbedürftig sind.

Doch Sicherheit beginnt nicht erst mit dem Einsatz – sie beginnt mit Wertschätzung und Anerkennung. Wenn Dienstpflicht, Belastung und Verantwortung steigen, darf die Bezahlung nicht hinterherhinken. Polizeikräfte, Justizbedienstete und Einsatzkräfte im öffentlichen Dienst müssen finanziell so ausgestattet sein, dass Rheinland-Pfalz als Standort attraktiv bleibt – auch für junge Menschen, die dort beruflich starten wollen. Landesvergleiche zeigen, dass gerade in vielen Ländern Beamte und Polizisten im Verhältnis zur Leistung oft schlechter gestellt sind – das wollen wir nicht hinnehmen.

Eine starke Sicherheitspolitik heißt für uns auch: Respekt für die Menschen, die sie tagtäglich sichern. Transparenz, Bürgernähe und starke Institutionen sind kein Widerspruch – sie gehören zusammen. Die FREIEN WÄHLER streben 11.000 Vollzeitäquivalente an.

A.3 Justiz stärken – fair, schnell und nah

Ein funktionierender Rechtsstaat braucht mehr als gute Gesetze: Er braucht Menschen, die sie mit Überzeugung umsetzen. In Rheinland-Pfalz fehlen derzeit zahlreiche Richter – in manchen Gerichtsbezirken sind mehr als 28 Stellen unbesetzt, mit weiterem Spardruck droht die Zahl anzuwachsen. Das gefährdet nicht nur die Geschwindigkeit von Verfahren, sondern auch das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine Justizoffensive: Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen personell deutlich aufgestockt werden, dass Prozesse zügig ablaufen.

Um die Belastung der Gerichte zu senken, wollen wir alternative Streitbeilegungsverfahren stärken – dort, wo es sinnvoll ist – und eine bürgernahe Rechtsberatung fördern, damit einfache Konflikte nicht erst den Gang zum Gericht nehmen müssen.

Rechtsstaatlichkeit heißt aber auch: Opfer und Zeugen verdienen besseren Schutz, und jeder Bürger – unabhängig von Einkommen oder Wohnort – muss sicheren Zugang zum Recht haben. Nur so kann Vertrauen wachsen.

A.4 Organisierte Kriminalität systematisch bekämpfen

Organisierte Kriminalität ist längst kein Großstadtproblem mehr – sie reicht bis in den ländlichen Raum hinein. Ob Drogenhandel, Clanstrukturen, Geldwäsche, Internetbetrug oder groß angelegte Einbruchserien: Hinter diesen Taten stehen gut vernetzte

Tätergruppen, die gezielt dort zuschlagen, wo der Staat schwach oder überlastet ist. Das darf Rheinland-Pfalz nicht hinnehmen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine landesweite Offensive gegen organisierte Kriminalität. Dazu gehören spezialisierte Schwerpunktstaatsanwaltschaften in allen Landgerichtsbezirken, die personell und technisch so ausgestattet sind, dass sie komplexe Netzwerke zerschlagen können – vom Drogenring bis zur Cyberbande. Ermittler müssen Zugriff auf moderne Auswertungssysteme, digitale Spurenanalyse und internationale Kooperationen haben, damit Täter nicht hinter Landesgrenzen verschwinden.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Abschöpfung krimineller Vermögen. Wer durch Verbrechen reich wird, soll diesen Reichtum wieder verlieren – schnell, sichtbar und konsequent. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Finanzbehörden stärken, damit Informationen nicht in Aktenbergen verloren gehen, sondern dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Organisierte Kriminalität trifft uns alle – sie gefährdet Sicherheit, Wirtschaft und Vertrauen in den Staat. Rheinland-Pfalz braucht daher eine Justiz und Polizei, die nicht nur reagiert, sondern aktiv handelt. Unser Ziel ist klar: keine rechtsfreien Räume, keine unantastbaren Netzwerke – ein Staat, der durchgreift, bevor Kriminalität Wurzeln schlägt.

A.5 Kinderschutz stärken

Zum wirksamen Schutz von Kindern und Jugendlichen, die Opfer von Gewalt und Missbrauch wurden, fordern die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz die flächendeckende Einführung sogenannter Childhouses. Diese können innerhalb der vorhandenen Behördenstruktur realisiert werden. Childhouses sind kindgerechte Anlaufstellen. Sie bündeln unter einem Dach Polizei, Jugendhilfe, Medizin und Justiz, um traumatisierten Kindern mehrfach belastende Aussagen in verschiedenen Verfahren zu ersparen und eine schnelle, interdisziplinäre Versorgung sicherzustellen. Die Landesregierung muss diese Einrichtungen finanziell und strukturell fördern, um einheitliche Qualitätsstandards zu gewährleisten und dem besonderen Schutzauftrag gegenüber jungen Opfern gerecht zu werden.

A.6 Demokratie innovativ gestalten

Wir FREIE WÄHLER setzen auf eine Politik, die nicht über die Köpfe hinweg, sondern mit den Bürgern wirkt. Rheinland-Pfalz braucht mehr direkte Teilhabe – nicht als Zierwerk, sondern als wirksame Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Nach heutigen Regeln existiert in der Landesverfassung zwar die Möglichkeit einer Volksinitiative, mit der sich Bürger direkt an den Landtag wenden können (ab 30.000 Unterstützer), doch tatsächlich sind Volksbegehren und Volksentscheide in der Praxis faktisch kaum nutzbar: Das bestehende Unterschriften-Quorum von 300.000 Stimmen in zwei Monaten ist kaum erreichbar, was bisher kein einziges Volksbegehren erfolgreich machte.

Wir FREIE WÄHLER schlagen deshalb ein modernes Modell vor, das direkte Demokratie wirklich lebendig macht:

Wir FREIE WÄHLER wollen Bürgerbeteiligung einfacher und digitaler machen. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll über ein Landesportal eine Online-Volksinitiative starten können – mit eigenem Vorschlag oder Gesetzesentwurf. Erreicht eine Initiative 100.000 digitale Unterstützungen, muss sich der Landtag innerhalb von drei Monaten damit befassen. Kommt keine Entscheidung zustande, folgt automatisch eine landesweite digitale Unterschriftenaktion, die bei ausreichender Beteiligung zu einem Volksentscheid führt. So machen wir direkte Demokratie unkompliziert, nachvollziehbar und wirksam.

Verwaltungen sollen bei jedem direktdemokratischen Verfahren transparente Informationspflichten haben: Wer sich engagiert, darf nicht gegen Behörden kämpfen müssen, sondern muss verlässliche Unterstützung erhalten. So schaffen wir mehr Demokratie von unten, stärken das Vertrauen und bringen die politische Entscheidung näher zu den Menschen – in Mainz ebenso wie auf dem Land.

A.7 Extremismus vorbeugen – Freiheit durch Aufklärung schützen

Die FREIEN WÄHLER stehen für eine offene Gesellschaft, in der demokratische Grundrechte nicht nur geschützt, sondern auch gelebt werden. Wir bekennen uns ohne Abstriche zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und wenden uns gegen jede Form von Extremismus – ob religiös, politisch oder ideologisch motiviert. Dabei gilt: Prävention ist keine Gesinnungskontrolle, sondern beginnt mit politischer Bildung, ehrlicher Aufklärung und dem Mut zur Debatte.

Wir wollen, dass Menschen in Rheinland-Pfalz wieder Klartext reden dürfen, ohne Angst vor gesellschaftlicher Ächtung oder staatlicher Bevormundung. Demokratie lebt von Vielfalt der Meinungen, nicht von ihrer Kontrolle. Der Staat soll die Freiheit der Bürger schützen, nicht sie überwachen. Offene Diskussionen, kritisches Denken und die Bereitschaft zum Widerspruch sind das Fundament einer freien Gesellschaft. Nur wenn wir diese Haltung bewahren, bleibt Demokratie lebendig und stark.

B Bildung und Digitalisierung

B.1 Digitale Infrastruktur

Wir FREIE WÄHLER wollen die Digitalisierung in Rheinland-Pfalz weiter stärken und die Zuständigkeiten dafür zentral bündeln. Digitale Aufgaben dürfen kein Nebenthema zwischen Behörden sein, sondern müssen klar koordiniert und mit messbaren Zielen umgesetzt werden – mit eindeutiger Verantwortung, effizienter Steuerung und spürbaren Ergebnissen für die Bürger.

Unser Ziel ist eine digitale Verwaltung, die einfach funktioniert: Anträge online stellen, Dokumente digital abrufen, Termine ohne Papier und Wartezeiten. Rheinland-Pfalz soll Vorreiter werden – mit flächendeckendem Glasfaserausbau, stabilem Mobilfunk ohne Funklöcher auch im ländlichen Raum und sicheren Rechenzentren in der EU.

Künstliche Intelligenz verstehen wir nicht als Bedrohung, sondern als Chance, um Bildung, Verwaltung und Wirtschaft zukunftsfähig zu machen. Schulen und Hochschulen müssen digitale Kompetenzen vermitteln, die Landesverwaltung KI sinnvoll einsetzen – und die Menschen dabei immer im Mittelpunkt stehen. So sichern wir Wettbewerbsfähigkeit, Entlastung im Alltag und Teilhabe für alle. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu einem modernen, leistungsfähigen Rheinland-Pfalz.

B.2 Frühkindliche Bildung und Übergänge

Bildung beginnt nicht nur zu Hause, sondern auch in der Kita. Wir wollen kleinere Gruppen, eine bessere personelle Ausstattung und eine Ausbildungsoffensive für Erzieher. Der Übergang von der Kita in die Grundschule muss begleitet werden; deshalb sollen „Bildungsbrücken“ etabliert werden, in denen Lehrkräfte, Kitas und Eltern verbindlich zusammenarbeiten. Sprachförderung und soziale Kompetenzen sind die Basis für

einen erfolgreichen Start in die Schule. Aus diesem Grund fordern wir auch die Einführung eines Basisschuljahres sowie die Wiederaufnahme des Programms „Sprach-Kitas“ als Landesförderprogramm und deren Finanzierung für alle Kitas sicherzustellen.

B.3 Chancengleichheit und individuelle Förderung

Bildung beginnt mit den Grundlagen – und ohne sie geht nichts. Lesen, Schreiben und Rechnen sind die entscheidenden Schlüssel für jedes Kind, unabhängig von Herkunft oder Einkommen. Wer diese Grundkompetenzen nicht sicher beherrscht, dem bleibt die Tür zu Bildung, Ausbildung und Beruf verschlossen. Deshalb gilt für uns FREIE WÄHLER: Kein Kind verlässt die Grundschule, ohne diese Fähigkeiten zu beherrschen. Daher setzen wir uns für die Einführung von Intensivklassen ein, um Schüler, die nachweislich über geringe oder keine Deutschkenntnisse verfügen, gezielt und intensiv zu fördern.

Wir stehen für Chancengleichheit durch Leistung, nicht für Gleichmacherei. Kinder haben unterschiedliche Begabungen, und genau das ist eine Stärke. Leistungsstarke Schüler müssen gefordert werden, leistungsschwächere brauchen gezielte Unterstützung – aber alle brauchen klare Strukturen, Disziplin und verlässliche Standards. Wir benötigen eine 110%ige Unterrichtsversorgung an unseren Schulen um die zunehmende Heterogenität der Kinder abzudecken, Unterrichtsausfall zu vermeiden und somit Chancengleichheit zu gewährleisten. Schule darf nicht länger ein Ort pädagogischer Experimente sein, sondern muss wieder ein Ort des Lernens werden.

Ganztagsschulen, Förderprogramme und Schulsozialarbeit sind sinnvoll, wenn sie Qualität sichern und Unterricht ergänzen – nicht ersetzen. Unterrichtsausfall, fehlende Grundbildung und zu niedrige Ansprüche sind die wahren sozialen Ungerechtigkeiten. Bildung2030 bedeutet: Grundlagen stärken, Leistung anerkennen und Kinder befähigen, ihr Leben selbst zu gestalten.

Und eines ist klar: Egal wie schlimm es finanziell kommt – bei Kita und Schule wird nicht gespart.

B.4 Strukturreform und Organisationsentwicklung

Unser Bildungssystem ächzt unter Bürokratie, Zuständigkeits-Wirrwarr und fehlender Flexibilität. Landesweite Studien und Tests belegen: In Rheinland-Pfalz ist das Bildungsniveau deutlich gesunken, und im Vergleich liegt das Land nur im Mittelfeld – vor allem, weil viele Schüler die Mindeststandards nicht erreichen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine umfassende Strukturreform: Schulen sollen mehr Eigenverantwortung erhalten, mit flexiblen Budgets und Entscheidungsfreiheiten vor Ort. Die Schulaufsicht wird entschlackt, Doppelstrukturen konsequent abgebaut.

Wir setzen auf einheitliche, hohe Leistungsstandards, die landesweit gelten – verbunden mit der Rückbesinnung auf fachlichen Anspruch statt ideologische Experimente. Wo Leistung abfällt, müssen Korrekturmechanismen greifen. Und während der Reform darf eines nie passieren: dass Schule zur Versuchsfläche wird – Bildung muss verlässlich bleiben. Mit dieser Strukturreform legen wir die Grundsteine für ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungswesen – stark, klar und zukunftsgerichtet.

B.5 Ausstattung, Räume und Technologie

Marode Schulgebäude, fehlende Fachräume und unzureichende digitale Ausstattung sind unhaltbare Zustände – und sie sind Realität in Rheinland-Pfalz: Die Mehrheit der 1.629 Schulen entspricht laut einer aktuellen Initiative nicht mehr modernen energetischen Standards. Viele Gebäude sind technisch veraltet, mit schlechter Dämmung, ineffizienter Heizung und mangelhafter Lüftung. Obwohl 2024 über 65 Millionen Euro für 83 Sanierungs- und Neubauprojekte bereitgestellt wurden, deckt das kaum den dringend notwendigen Investitionsstau. Der Schulbau muss endlich priorisiert werden – mit festen Instandhaltungsplänen, Beteiligung der Schulträger und klarer Finanzierung durch Land und Bund. Jede Schule soll mit schnellem Internet, modernen Endgeräten und didaktisch begründeter Software ausgestattet werden. Wir setzen uns für flächendeckende Glasfaser- und WLAN-Netze ein sowie für zentrale IT-Services, damit Lehrkräfte unterrichten können, statt technische Probleme zu lösen.

B.6 Personal, Lehrkräfte und Schulqualität

Lehrer fehlen bundesweit; Quereinstieg wird zur Normalität – auch in Rheinland-Pfalz. Wir setzen auf Qualität im Einstieg: konsequente pädagogische Nachqualifizierung, Mentoring im ersten Dienstjahr und reduzierte Pflichtstunden in der Einarbeitung. Zugleich braucht es schnelle Verbeamtung und weniger Hürden (z. B. flexible Altersgrenzen), sonst landen Bewerber im Tarif statt im Beamtenverhältnis – ein klarer Nachteil im Ländervergleich.

Leistung muss sich auch im Schuldienst lohnen: Funktions- und Mangelfachzulagen, verlässliche Anrechnungsstunden für Klassenleitung/Inklusion und Bürokratieabbau (digitale Schulverwaltung, Standardberichte statt Papierflut) entlasten sofort. Tarifbeschäftigte Lehrkräfte erhalten Zulagen zum TV-L, um den Abstand zu Beamten zu verkleinern.

Unterrichtsqualität sichern wir über klare Standards und Fortbildungspflichten: Didaktik der Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen), evidenzbasierte Methoden und digitale Didaktik inkl. KI-Assistenz – als Werkzeug im Unterricht, nicht als Ersatz für Leistung. Entscheidend ist das Ergebnis im Klassenzimmer: verlässlicher Fachunterricht statt Stundenausfall, Disziplinrahmen, und Förderung nach Leistung – für Schwächere wie für Starke.

Wir fordern den flächendeckenden Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften an allen rheinland-pfälzischen Grundschulen. Dies verbessert die gesundheitliche Versorgung der Schüler, entlastet Lehrkräfte und trägt zur Chancengleichheit bei.

B.7 Übergänge in Ausbildung, Handwerk und Studium

Der Übergang von der Schule in die Berufswelt stellt viele junge Menschen vor Herausforderungen. Wir wollen einen Ausbau der Angebote zur Berufsorientierung, die Interesse an einer Ausbildung wecken. Beginnend im 7. Schuljahr, könnten im weiteren Verlauf der schulischen Ausbildung nach und nach Kooperationen mit Betrieben und Hochschulen folgen. Talente für MINT-Fächer müssen gezielt gefördert werden. Die FREIEN WÄHLER stehen für eine Durchlässigkeit des Bildungssystems. Wir fordern den Ausbau der Dualen Studiengänge, die es möglich machen, eine Berufsausbildung abzuschließen und gleichzeitig einen Hochschulabschluss zu erwerben.

B.8 Vernetzung mit Wirtschaft und regionaler Entwicklung

Schule und Wirtschaft sprechen zu selten dieselbe Sprache. Dabei gibt es in Rheinland-Pfalz mit Netzwerken wie SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz oder regionalen Berufsorientierungsprogrammen bereits gute Ansätze – aber sie wirken zu kleinteilig, unverbindlich und oft ohne nachhaltige Koordination. Viele Schulen kämpfen noch immer darum, geeignete Partnerbetriebe zu finden, während Handwerksbetriebe und Mittelständler über fehlende Bewerber klagen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen diese Lücke endlich schließen. Ziel ist kein neues Projekt, sondern eine strukturelle Weiterentwicklung der bestehenden Programme – mit klarer Zuständigkeit, dauerhafter Finanzierung und einer landesweiten Koordinierungsstelle. Alle Schulen sollen verpflichtend die Möglichkeit haben, Partnerschaften mit Betrieben, Handwerkskammern und regionalen Unternehmen aufzubauen.

Berufsorientierung muss früher beginnen, verbindlich in den Lehrplänen verankert und praxisnah gestaltet werden: mit Praxistagen, Betriebsbesichtigungen, Mentoring und regionalen Ausbildungscamps. Digitale Ausbildungsbörsen sollen landesweit ausgebaut und mit den Kammern vernetzt werden, damit Jugendliche und Betriebe schneller zueinander finden.

So schaffen wir eine verlässliche Brücke zwischen Bildung und Beruf, geben jungen Menschen Orientierung und sichern gleichzeitig den Fachkräftenachwuchs.

C Gesundheit, Pflege und Soziales

C.1 Medizinische Versorgung sichern – Ärzte fördern

In Rheinland-Pfalz ist die Ärzteschaft deutlich überaltert: Laut Landesärztekammer-Statistik (Stichtag 31.12.2024) sind 13.267 von 24.441 Ärzte 50 Jahre oder älter; 2.381 arbeiten sogar über 65 weiter, um Lücken zu schließen. Parallel sind landesweit ca. 270 hausärztliche Stellen unbesetzt. Das verschärft die Versorgungslage besonders im ländlichen Raum.

Wir FREIEN WÄHLER fordern: Mehr Studienplätze für Medizin, insbesondere für die Allgemeinmedizin und Hausarztversorgung – und zwar verbunden mit einer Landarztquote, wie sie im Landesgesetz Rheinland-Pfalz schon existiert, aber kräftig

ausgeweitet werden muss. Das Ziel: Junge Menschen, die sich verpflichten, im ländlichen Raum zu arbeiten, bekommen bevorzugten Zugang zum Studium.

Das Medizinstudium selbst muss vereinfacht werden: weniger Überfrachtung mit Pflichtinhalten, mehr Praxisanteile und keine unnötige Verlängerung – damit mehr Absolventen in realistischen Zeiten in die Patientenversorgung starten. Der neue Entwurf der Approbationsordnung 2025 zeigt erste Schritte in diese Richtung.

Wir wollen zudem wohnortnahe Grundversorgungskliniken stärken – statt alles auf Großkliniken zu verlagern. Investitionskosten müssen vollständig von Land und Bund getragen werden; die heute geltenden Fallpauschalen (DRG) sind anzupassen, damit sie realistische Kosten reflektieren und kein System der Unterdeckung fördern.

C.2 Sofortmaßnahmen zum Systemerhalt

Unser Gesundheitssystem steht unter Druck: Ärztemangel, überlastete Kliniken, Bürokratie und steigende Kosten gefährden die wohnortnahe Versorgung. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine Bundesratsinitiative für Sofortmaßnahmen, damit Rheinland-Pfalz handlungsfähig bleibt.

Krankenhäuser müssen kostendeckend arbeiten können. Die Fallpauschalen (DRGs) und Mindeststandards müssen so angepasst werden, dass kleine Kliniken im Land überleben und Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Gleichzeitig müssen ambulante Leistungen fair vergütet und Weiterbildungsoffensiven in Mangelberufen besser bezahlt werden – wer ausbildet, darf nicht draufzahlen.

Bürokratie frisst Zeit, die für Patienten fehlt. Wir fordern deshalb weniger Dokumentationspflichten, eine Vereinfachung der Krankenkassenstrukturen und eine Überprüfung des Risikostrukturausgleichs und der Disease-Management-Programme, deren Nutzen oft nicht belegt ist. Rabattverträge bei Medikamenten dürfen nicht dazu führen, dass Ärzte und Apotheken täglich Ersatzlösungen suchen müssen.

Das Medizinstudium muss entschlackt und praxisnäher werden. Rheinland-Pfalz soll zusätzliche Studienplätze einkaufen – etwa an den Universitäten in Homburg und Mainz oder der Medical School Kaiserslautern – und diese mit einer Verpflichtung zur Berufstätigkeit im Land verbinden.

Gesundheit darf keine Frage des Wohnorts sein. Wir wollen weniger Bürokratie, faire Bezahlung, mehr Ärzte – und eine Versorgung, die wieder beim Menschen ankommt.

C.3 Ärzte entlasten, Heilmittelerbringer stärken

Die bundesweit rund 70.000 Heilmittelerbringer wie z. B. Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden sind systemrelevant. Um die Arztpraxen zu entlasten und Bürokratie abzubauen, fordern wir FREIE WÄHLER, den Direktzugang zu Heilmittelerbringern zu ermöglichen. Um dem auch in diesem Bereich bestehenden Nachwuchsmangel entgegenzuwirken, fordern wir vereinheitlichte und zentrale Verfahren zur Anerkennung von Fachkräften, die aus dem Ausland nach Deutschland kommen.

C.4 Geburtshilfe sichern – Hebammen stärken

Die geburtshilfliche Versorgung in Rheinland-Pfalz steht zunehmend unter Druck: Immer mehr geburtshilfliche Abteilungen in kleineren Kliniken werden geschlossen, weil sie sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Diese Entwicklung ist insbesondere für Familien im ländlichen Raum dramatisch – sie bedeutet lange Anfahrtswege, steigende Risiken und eine unzureichende Versorgung im Notfall. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt wohnortnaher Geburtshilfestandorte ein. Das Land muss endlich in die Pflicht genommen werden, geburtshilfliche Grundversorgung als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sichern.

Freiberufliche Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung von Müttern und Neugeborenen. Dennoch wird ihre Arbeit unter anderem durchwachsenden bürokratischem Aufwand und existenzbedrohenden Versicherungsprämien erschwert. Wir fordern faire Vergütungssysteme, rechtssichere Rahmenbedingungen und die Förderung alternativer Versorgungsmodelle wie Geburtshäuser und hebammengeführte Einrichtungen. Rheinland-Pfalz soll ein Signal setzen: Geburtshilfe muss flächendeckend gesichert und menschlich gestaltet werden.

C.5 Pflege stärken und alternative Wohnformen fördern

Der demografische Wandel verschärft den Fachkräftemangel in der Pflege. Statt nur ausländische Fachkräfte anzuwerben, schlagen wir ein soziales Pflichtjahr vor, bei dem junge Menschen in sozialen oder anderen der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen Erfahrungen sammeln und das System unterstützen. Gleichzeitig brauchen

Pflegekräfte bessere Bezahlung, familienfreundliche Arbeitszeiten und eine leistungsstarke Interessenvertretung.

Wir fördern alternative Pflege- und Wohnformen wie Pflege-WGs, Mehrgenerationenhäuser und Pflegebauernhöfe. Diese quartiersnahen Modelle erhöhen die Lebensqualität, senken die Kosten und ermöglichen ein würdevolles Altern. Leuchtturmprojekte wie der Pflegebauernhof in Marienrachdorf zeigen, wie innovative Ansätze funktionieren können. Wir setzen uns dafür ein, solche Modelle landesweit zu etablieren und aus Landesmitteln zu fördern. Für die FREIEN WÄHLER gilt der Grundsatz, ambulant vor stationär. Menschen sollten möglichst lange die Chance haben, selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden zu leben.

Pflegeeinrichtungen sollen durch eine einheitliche digitale Pflege- und Behandlungsdokumentation entlastet werden. Bis 2030 wollen wir den Papieraufwand halbieren und eine vollständige elektronische Dokumentation etablieren. Gesundheit-Apps, Telemedizin und eRezept können die Versorgung verbessern – doch Datenschutz und Datensicherheit müssen oberste Priorität haben.

C.6 Prävention, Altersforschung und Gero-Medizin

Gesundheitspolitik darf nicht erst bei der Behandlung ansetzen. Altersforschung und Gero Medizin zielen darauf ab, den Alterungsprozess zu verstehen und chronische Krankheiten zu vermeiden. Rheinland-Pfalz soll sich an einem bundesweiten Forschungsverbund zur Biologie des Alterns beteiligen. Wir fordern ein Kompetenznetzwerk Gero Medizin, das Kliniken, Forschungseinrichtungen und Hausarztpraxen vernetzt. Präventionsprogramme, moderne Diagnostik und die Einbindung altersmedizinischer Schwerpunkte in die medizinische Ausbildung (gerade in unserer alternden Gesellschaft) sichern gesunde Lebensjahre.

C.7 Wohnen ist soziale Gerechtigkeit

Bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage für Teilhabe, Familienleben und Lebensqualität. Doch in Rheinland-Pfalz steckt der Wohnungsbau in der Krise. Im Jahr 2024 wurden nur 9.082 neue Wohnungen fertiggestellt – fast ein Viertel weniger als im Jahr davor. Steigende Baukosten, hohe Zinsen und zu viele Vorschriften bremsen den Neubau. Diese Entwicklung trifft besonders junge Familien und Menschen mit mittleren Einkommen, die ein Zuhause suchen oder für das Alter vorsorgen wollen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass Wohnen wieder bezahlbar wird. Kommunen und Wohnungsgenossenschaften sollen gestärkt werden, aber ohne private Investoren zu verdrängen. Wohnraum entsteht durch Menschen, die bauen, investieren und Verantwortung übernehmen – nicht durch immer neue Fonds und Verordnungen.

C.8 Bauen erleichtern statt verhindern

In Rheinland-Pfalz liegt der Grunderwerbsteuersatz seit 2012 bei 5 %. Vor 2006 waren es bundesweit 3,5 %. Während andere Länder ihre Steuern weiter erhöht haben, wollen wir einen anderen Weg gehen: Wir setzen auf Entlastung – mit einer Senkung der Grunderwerbsteuer, besonders für Familien und Erstkäufer.

Die entstehenden Mindereinnahmen sollen durch Einsparungen im Landeshaushalt, den Abbau unnötiger Bürokratie und Mehreinnahmen aus zusätzlicher Bautätigkeit ausgeglichen werden.

C.9 Familienpolitik mit Maß und Verantwortung

Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie geben Halt, vermitteln Werte und tragen wesentlich zum sozialen Zusammenhalt bei. Doch immer mehr Eltern kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten, mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einem überbürokratisierten Fördersystem, das mehr verwaltet als hilft. Wir FREIEN WÄHLER wollen Familienpolitik neu denken – pragmatisch, generationenübergreifend und ohne ideologische Schlagseiten.

Mit dem Enkel-Kinder-Kindergeld (EKKG) schaffen wir ein modernes Modell, das die Lebenswirklichkeit vieler Familien abbildet. Großeltern, die regelmäßig bei der Betreuung ihrer Enkelkinder helfen, leisten einen unverzichtbaren Beitrag. Sie sollen dafür eine finanzielle Anerkennung erhalten – in Höhe von der Hälfte des Kindergeldes, solange sie nachweislich Betreuungsaufgaben übernehmen. Finanziert werden kann dies durch strengere Regeln beim Kindergeld, das künftig nur für in Deutschland lebende oder nachweislich studierende Kinder gezahlt werden soll.

Darüber hinaus wollen wir Familien spürbar entlasten: durch mehr steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, durch flexiblere Arbeitszeitmodelle für Eltern und durch den Ausbau verlässlicher Betreuungsangebote mit echten Öffnungszeiten, die Beruf und Familie vereinbar machen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,

dass Betreuungskosten stärker steuerlich berücksichtigt werden können – mit einfacheren Nachweispflichten und der Einbeziehung zusätzlicher Betreuungsformen. Erwerbstätigkeit darf nicht steuerlich benachteiligt werden, insbesondere nicht bei Alleinerziehenden.

Für Alleinerziehende müssen gezielte Unterstützungsmaßnahmen geschaffen werden – etwa über höhere Entlastungsbeträge, unbürokratische Kinderzuschläge und eine bessere Förderung beim Wiedereinstieg in den Beruf.

Familienpolitik mit Maß bedeutet, den Menschen das Vertrauen zurückzugeben, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Familienleben gestalten wollen. Wir wollen keine staatliche Bevormundung, sondern verlässliche Rahmenbedingungen, die Familie, Beruf und Verantwortung miteinander vereinbaren. So stärken wir, was unser Land zusammenhält.

D Wirtschaft, Mittelstand und Arbeit

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands. Rheinland-Pfalz ist breit aufgestellt. Das Spektrum reicht von global aktiven, renommierten Großunternehmen über leistungsfähige Mittelständler, Handwerksbetriebe, Landwirtschaft und Weinbau bis hin zu innovativen Start-ups. Leider liegt unser Bundesland jedoch bei Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft im Bundesvergleich nur im Mittelfeld. Um das zu ändern, schlagen die FREIEN WÄHLER folgende Maßnahmen vor:

D.1 Gründungsstart erleichtern – einfach, digital, fair

Rheinland-Pfalz schöpft sein Gründerpotenzial nicht aus: langsame Verfahren, zersplitterte Zuständigkeiten und zu wenig Startkapital bremsen Menschen, die Verantwortung übernehmen wollen. Wir FREIEN WÄHLER wollen das ändern – mit einem klaren Ziel: Gründen muss in Rheinland-Pfalz einfach, digital und fair werden.

Mit dem „RLP-Startkonto“ schaffen wir einen digitalen Einstiegspunkt, über den alle Schritte der Gründung zentral abgewickelt werden können – von der Gewerbeanmeldung über die Kammerzuordnung bis zu Förderanträgen, sicher über den BundID-Login. Nach dem Vorbild internationaler One-Stop-Portale soll die Gründung in Rheinland-Pfalz innerhalb von 48 Stunden möglich sein – wie in Estland, wo Online-Gründungen in wenigen Stunden erfolgen, in Dänemark über ein zentrales Business-

Gateway oder in Großbritannien meist innerhalb eines Tages. Statt „Antrag verloren“ gibt es eine verbindliche Service-Level-Garantie mit klaren Fristen und einem Rechtsanspruch auf Entscheidung.

Ein Mikrokreditprogramm bis 50.000 € mit vereinfachten Sicherheiten soll Gründern Investitionen und Betriebsmittel erleichtern – schnell, unbürokratisch und wirksam. Gleichzeitig wollen wir die steuerliche und buchhalterische Belastung in den ersten Jahren deutlich senken: durch Pauschalabzüge bei der Einnahmen-Überschuss-Rechnung, eine vereinfachte Buchführung nach HGB für Kleinunternehmen und höhere Abschreibungsmöglichkeiten in den ersten drei Jahren durch verbesserte degressive AfA.

Gründer zahlen in den ersten Jahren ohnehin wenig Steuern. Deshalb braucht es keine neuen Freibeträge mit Prüfpflichten, sondern eine niedrigere Einstiegsteuer und ein einfaches, verständliches System. Unser Fokus liegt auf Eigeninitiative statt auf Sondertatbeständen – wer gründet, soll starten, nicht Formulare ausfüllen.

Zusätzlich wollen wir den Zugang zu Wissen und Kapital verbessern. Über ein landesweites Gründercoaching mit Netzwerkzugang und Mentorenprogramm sollen Gründer professionelle Begleitung erhalten. Ein RLP-Gründerstipendium nach NRW-Vorbild fördert innovative Teams mit monatlicher Unterstützung, Coaching und Investor-Matching, wie es erfolgreiche Programme in Bayern bereits vormachen. Ergänzend soll ein Rheinland-Pfalz-Co-Invest-Fonds öffentlich-private Investitionen bündeln, um frühe Finanzierungsrunden zu erleichtern – schlank, marktnah und mit klaren Renditezielen.

Die Gründungsverwaltung wird vollständig digital – mit eAkte, ePayment und Status-Tracking – und orientiert sich an europäischen Best Practices wie Österreichs Unternehmensserviceportal (USP) oder Frankreichs vereinfachter Online-Registrierung für Kleinunternehmer.

Unser Versprechen: In Rheinland-Pfalz soll jede Gründerin und jeder Gründer innerhalb von 48 Stunden starten können – digital, fair und ohne unnötige Hürden.

D.2 Vergaberecht reformieren

Wir FREIEN WÄHLER wollen das Vergaberecht reformieren, damit auch kleinere Betriebe und Handwerker faire Chancen erhalten. Die Direktauftragsgrenze (freihändige

Vergabe) soll auf 30.000 € netto angehoben werden – unter Beachtung der EU-Schwellen und vergaberechtlicher Prinzipien. Öffentliche Aufträge sollen regional vergeben werden, um Wertschöpfung vor Ort zu stärken. Wo auch große Aufträge anstehen, setzen wir auf Lose, die überschaubar und zugänglich sind. Transparenz und Wettbewerb bleiben oberstes Gebot – aber Bürokratie und Blockade sollen kein Hemmnis sein.

D.3 Handwerk und Mittelstand stärken

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – Handwerk ist Systemträger. Wir werten die Meisterqualifikation sichtbar auf und stellen berufliche Bildung der akademischen gleich: verbindliche Berufsorientierung ab Klasse 7, mehr Praxisphasen, Investitionen in Berufs- und Fachschulen sowie überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS). Ein landesweites, bezahlbares Azubi-Ticket sorgt dafür, dass junge Leute ihre Ausbildung auch im ländlichen Raum erreichen.

Bürokratie kostet Wertschöpfung. Wir implementieren einen „Praxis-Check Handwerk“ für jede neue Verordnung. Damit setzen wir One-in-One-out konsequent um – jede neue Regel wird darauf geprüft, ob sie Betriebe im Alltag belastet, und nur dann eingeführt, wenn eine gleichwertige Entlastung an anderer Stelle erfolgt. So wird Regulierung wieder praxisnah, schlank und wirtschaftsfreundlich.

Alle relevanten Behördengänge für KMU werden bis 2027 durchgängig digital – vom Antrag bis zum Bescheid. Schwarzarbeit bekämpfen wir mit besser ausgestatteter Aufsicht; Förderprogramme werden handwerksgerecht vereinfacht (echter Realitätscheck statt Papierhürden).

Damit Betriebe wachsen können, brauchen sie Fläche, Tempo und faire Aufträge: handwerksgerechte Gewerbeflächen, beschleunigte Genehmigungen, Losvergabe statt Generalunternehmer-Monopole und mittelstandsfreundliche Vergabepraxis. Im Bau erleichtern wir die kleine Bauvorlageberechtigung für Meister (nach Vorbild Bayern/Sachsen). KI und Digitalisierung bringen wir in die Werkstatt: Digiboost Förderprogramm neu auflegen, Beratungsangebote ausbauen, Breitbandlücken schließen.

D.4 Technologieförderung stärken – Zukunft sichern

Die FREIEN WÄHLER Rheinland-Pfalz setzen auf eine innovationsgetriebene Wirtschaftspolitik, die insbesondere den Mittelstand, das Handwerk und Start-ups in die Lage versetzt, technologische Entwicklungen aktiv mitzugestalten. Wir fordern den gezielten Ausbau regionaler Transferzentren, die praxisnahe Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ermöglichen. Durch anwendungsorientierte Forschung und technische Beratung vor Ort sollen kleinere Betriebe leichter Zugang zu neuen Technologien erhalten. Zusätzlich wollen wir Digitalgutscheine, Technologiemi­ltip­likatoren und branchenspezifische Innovationslotsen einführen, um den Einstieg in Zukunftstechnologien wie KI, Automatisierung oder klimafreundliche Produktionsverfahren zu erleichtern.

Wesentlich ist für uns dabei ein klarer Ordnungsrahmen, der Freiräume für technologische Erprobung eröffnet und innovationshemmende Vorschriften auf Landesebene überprüft. Modellregionen mit reduzierten bürokratischen Hürden sollen es Unternehmen ermöglichen, neue Technologien in geschütztem Umfeld zu testen. Gleichzeitig setzen wir auf den Ausbau privater Innovationspartnerschaften mit öffentlicher Flankierung – etwa durch gezielte Projektförderung oder Risikoabsicherung. Denn nur wer heute in Technologie investiert, kann morgen Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung sichern.

D.5 Wirtschaftsstandort sichern – für eine Zukunft in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz steckt konjunkturell im Gegenwind: Nach dem bundesweit stärksten Einbruch aller Bundesländer im Jahr 2023 (–4,3 %) schrumpfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2024 erneut um –1,1 % – das dritte Minusjahr in Folge, vor allem aufgrund der industriellen Schwäche. Im ersten Halbjahr 2025 zeigen sich mit +0,1 % zwar erste Anzeichen einer Stabilisierung, doch die Herausforderungen bleiben groß.

Die Industrie bleibt gleichwohl Rückgrat und Stärke des Landes: Rund 17 % der Erwerbstätigen arbeiten in industriellen Betrieben, Produktivität und Löhne liegen über dem Bundesdurchschnitt. Belastend wirken jedoch hohe Energiepreise, überbordende Regulierung und die schwache globale Nachfrage.

Exportseitig dominieren weiterhin Chemie, Fahrzeugbau und Maschinenbau – mit dem BASF-Verbund in Ludwigshafen als zentralem Standortanker, der jedoch ebenfalls unter hohem Transformationsdruck steht.

Im europäischen Umfeld zeigt Luxemburg exemplarisch, was möglich ist: Das Pro-Kopf-BIP liegt in Luxemburg laut Eurostat bei rund 239 % des EU-Durchschnitts – also mehr als doppelt so hoch. Der Arbeitsmarkt zieht zudem zahlreiche Grenzpendler an, insbesondere aus Deutschland und den Nachbarregionen. Für Rheinland-Pfalz heißt das: Im Wettbewerb um Fachkräfte und Standortqualität gilt: Wer nicht bindet, verliert.

Unser Programm – liberal, machbar, standortstark:

Wir beschleunigen Plan- und Genehmigungsverfahren (zentrale Anlaufstelle für Unternehmen (One-Stop-Shop), verbindliche Fristen, digitale Akten), damit Investitionen in Produktion, Logistik und Reallabore zügig starten. Wir stärken die Industrie-Transformation mit landeseigenen Co-Invest-Instrumenten (Energieeffizienz, Elektrifizierung, Wasserstoff-Projekt, Projekt mit langfristigen Stromannahmeverträgen (Power Purchase Agreement, PPA) und priorisieren Netzausbau für industrielle Schwerpunkte (u. a. Rhein-Chemie-Korridor). Für KMU/Handwerk setzen wir auf entlastete Vergaben unterhalb der EU-Schwellen, Auftragsvergabe in Teilabschnitten statt an einzelne Generalunternehmer und voll digitale Förderprozesse. Export & Grenzregion: gezielte Programme Richtung Luxemburg/BeNeFra (Matching, Qualifizierung, Azubi-/Pendlertickets) binden Talente und Aufträge in der Großregion. Und: Bildung → Beruf wird verbindlich – duale Ausbildung und Meisterweg werden der akademischen Ausbildung gleichwertig gestellt (Berufsorientierung ab Klasse 7, Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS), landesweites Azubi-Ticket).

E Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau prägen Rheinland-Pfalz. Sie sichern Arbeitsplätze, erhalten die Kulturlandschaft und versorgen uns mit regionalen Lebensmitteln. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe geraten jedoch durch internationale Handelsketten, Bodenspekulation und bürokratische Auflagen immer mehr unter Druck.

E.1 Bäuerliche Landwirtschaft und Flächensicherung

Landwirtschaftliche Flächen sind die Grundlage der Ernährung und müssen in bäuerlicher Hand bleiben. Wir fordern, landwirtschaftliche Nutzflächen als gleichberechtigtes Schutzgut im Raumordnungsrecht anzuerkennen, analog zum Schutz von Natur und Wasser. Außerlandwirtschaftliche Bodenspekulation soll eingedämmt werden.

Die Sicherung von Flächen für die Landwirtschaft wird leider dadurch konterkariert, dass Flächen mit einer Breite von 200 Metern entlang von zweigleisigen Eisenbahnen und Bundesautobahnen für die Photovoltaik privilegiert und damit der Planungshoheit der Gemeinden entzogen wurden.

Wir FREIE WÄHLER fordern: Photovoltaik zuerst auf die Dächer, dann auf oder über versiegelte Flächen – nicht auf fruchtbare Ackerböden, sondern auf ertragsschwache oder ungenutzte Flächen.

E.2 Regionale Lebensmittelversorgung stärken

Regionale Produktion garantiert Frische und Wertschöpfung in der Region. Wir setzen uns für faire Preise, kurze Lieferketten und die Stärkung von Wochenmärkten, Hofläden und Direktvermarktung ein. Auch Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas und Krankenhäusern soll stärker auf regionale Produkte setzen.

E.3 Faire Marktbedingungen schaffen

Die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels darf bäuerliche Betriebe nicht ausbeuten. Knebelverträge, Regalmieten und Zwangsrücknahmen sind zu unterbinden. Wir wollen Erzeugergemeinschaften stärken und unlautere Handelspraktiken gesetzlich ahnden.

E.4 Bürokratie abbauen

Kontroll- und Dokumentationspflichten sollen auf das notwendige Maß reduziert werden. Sammelkontrollen, digitale Schnittstellen und der Abbau von Mehrfachmeldungen entlasten die Betriebe. Digitale Anwendungen dürfen nicht zusätzliche Zeit kosten, sondern müssen den Arbeitsalltag erleichtern.

E.5 Weidetierhaltung schützen - Wolfspopulation regulieren

Die unkontrollierte Ausbreitung der Wolfspopulation stellt für viele Weidetierhalter in Rheinland-Pfalz eine existenzielle Bedrohung dar. Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb ein aktives Wolfsmanagement mit regionalen Obergrenzen, konsequentem Monitoring und der Möglichkeit zur Entnahme einzelner Tiere. Der Schutz von Nutztieren, Landschaftspflege und menschlicher Sicherheit muss dabei Vorrang haben. Entschädigungsverfahren bei Wolfsrissen sind unbürokratisch zu gestalten – bei berechtigtem Verdacht soll im Zweifel zugunsten der Tierhalter entschieden werden. Nur mit klaren Regeln und praktischen Lösungen lässt sich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Artenschutz und Landwirtschaft erreichen.

E.6 Praxistauglicher Pflanzenschutz und Düngung

Den Boden und das Wasser ungeregelt zu belasten, ist keine Lösung. Dennoch lehnen wir pauschale Verbote, die vor allem auf der EU-Ebene auf den Weg gebracht werden, ab. Zulassungsverfahren müssen risikobasiert erfolgen; Düngevorgaben sind an die Standortrealität anzupassen. Landwirte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, um Pflanzen bedarfsgerecht zu ernähren und gleichzeitig Gewässer zu schützen. Es ist nicht zielführend, unsere Landwirte bei Pflanzenschutz und Düngung zu Schuldigen zu machen.

E.7 Vielfalt der Landwirtschaft und neue Geschäftsfelder

Die Vielfalt unserer Landwirtschaft ist kulturelles Erbe. Wir fördern unterschiedliche Bewirtschaftungsweisen, regionale Spezialitäten und Diversifizierung der Betriebe in Bereiche wie erneuerbare Energien und Agri-Tourismus. Die Gemeinsame Agrarpolitik auf EU-Ebene darf nicht dazu führen, dass der Selbstversorgungsgrad weiter ausgedünnt und das Höfesterben beschleunigt wird.

E.8 Nachhaltiger Wald und Weinbau

Wir fordern eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die auf stabile Mischwälder setzt. Waldbesitzer sollen durch Beratung und effiziente Förderprogramme beim klimafesten Waldumbau unterstützt werden.

Der Weinbau als prägendes Element der rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft benötigt planungssichere Rahmenbedingungen, Unterstützung beim Export sowie Schutz

vor bzw. Hilfe bei internationalen Handelsabkommen, die regionale Erzeuger benachteiligen.

F Kommunen, Finanzen und Demokratie

F.1 Kommunale Finanzen reformieren – Handlungsfähigkeit sichern

Die Kommunen in Rheinland-Pfalz tragen die Hauptlast der öffentlichen Daseinsvorsorge – sie finanzieren Schulen und Kitas, erhalten Straßen, sichern Wasser- und Abfallwirtschaft und tragen die soziale Infrastruktur. Doch seit Jahren lässt die Landesregierung sie mit dieser Verantwortung allein. Bereits 2020 erklärte der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz zentrale Teile des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) für verfassungswidrig, weil Bedarf und Aufgaben der Kommunen systematisch unterschätzt wurden. Geschehen ist seither: nichts.

Das Ergebnis ist verheerend – laut Landkreistag erreichte das kommunale Finanzierungsdefizit im ersten Halbjahr 2025 bereits 1,57 Milliarden Euro, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum. Während das Land Überschüsse in Milliardenhöhe verbucht, verlieren Städte und Gemeinden ihre Handlungsfähigkeit.

Wir FREIEN WÄHLER wollen diese strukturelle Ungerechtigkeit beenden. Rheinland-Pfalz braucht einen Kommunalen Finanzausgleich 2.0, der endlich den tatsächlichen Aufgaben und Belastungen gerecht wird. Soziale Lasten, Flächenunterschiede, Altersstruktur und Infrastrukturausstattung müssen regelmäßig erhoben und transparent veröffentlicht werden – damit sichtbar wird, wo Mittel gebraucht werden, anstatt sie parteipolitisch bequem zu verteilen.

Zugleich gilt: Wer bestellt, bezahlt. Wenn das Land neue Aufgaben überträgt oder Standards erhöht, müssen die Mehrkosten vollständig und automatisch gegenfinanziert werden. Eine Dynamik-Klausel soll steigende Ausgaben durch Energiepreise, Tarifsteigerungen und Inflation ausgleichen. Entschuldung darf kein Stillstand sein – jede Kommune, die Altschulden abbaut, muss zugleich investieren können: in Schulen, Digitalisierung, Mobilität und Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Steuerverteilung ein. Heute ist das System mit komplizierten Nivellierungssätzen so unübersichtlich, dass

kaum eine Kommune nachvollziehen kann, wie ihr Anteil an den Steuereinnahmen zustande kommt. Das empfinden viele Bürgermeister zu Recht als ungerecht.

Künftig sollen Kommunen direkt an den Steuereinnahmen beteiligt werden und dabei einen eigenen Hebesatz für ihren Anteil festlegen können – ähnlich wie bei der Grund- oder Gewerbesteuer. Damit können Städte und Gemeinden selbst entscheiden, wie viel finanzielle Handlungsspielräume sie schaffen wollen. Wer wirtschaftlich stark ist, kann investieren; wer schwächer aufgestellt ist, profitiert weiterhin von einem solidarischem Ausgleich.

Ein solches System wäre einfacher, gerechter und transparenter. Es stärkt die Eigenverantwortung der Kommunen und sorgt dafür, dass öffentliche Mittel dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Unser Ziel ist klar: Rheinland-Pfalz braucht ein faires, nachvollziehbares und zukunfts-festes Finanzsystem, das den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt. Nur finanziell starke Städte und Gemeinden können die Aufgaben vor Ort erfüllen – und das Vertrauen der Menschen in einen handlungsfähigen Staat sichern.

F.2 Straßenausbaubeiträge abschaffen – Bürger entlasten, Gerechtigkeit schaffen

Rheinland-Pfalz ist eines der letzten Bundesländer, das seine Bürger noch mit Straßenausbaubeiträgen belastet. Während Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen die Beiträge längst abgeschafft oder vollständig übernommen haben, werden in Rheinland-Pfalz weiterhin Grundstückseigentümer zur Kasse gebeten – oft Jahre nach Abschluss der Maßnahme und ohne jede Einflussmöglichkeit. Betroffene werden mit vier- oder gar fünfstelligen Rechnungen überrascht, obwohl sie den Zustand ihrer Straße weder verursacht noch über deren Ausbau entschieden haben. Das ist unfair, unsozial und wirtschaftsfeindlich.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb die vollständige, landesgesetzlich geregelte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Eigentum zu fördern heißt, Bürger nicht zu bestrafen, wenn sie in ihr Zuhause investieren oder Verantwortung für ein Grundstück übernehmen. Der Straßenbau ist eine öffentliche Aufgabe – und soll auch aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden.

Zur sofortigen Entlastung schlagen wir das NRW-Modell vor: Das Land übernimmt 100 % der aktuell erhobenen Beiträge über eine Förderrichtlinie ab dem Jahr 2026, bis das Landesgesetz angepasst ist. Die zu erwartende Jahreslast liegt bei 20–30 Mio. € – das hat sich in Nordrhein-Westfalen bewährt und kann direkt umgesetzt werden. Anschließend soll eine Investitionspauschale für Gemeindestraßen in Höhe von 50 Mio. € jährlich die Finanzierung dauerhaft sichern.

Die Gegenfinanzierung ist seriös möglich: Die vollständige Abschaffung kostet das Land nur rund 50 Mio. € pro Jahr – weniger als 0,2 % des Landeshaushalts – und kann durch Einsparungen und eine klare Priorisierung im Etat problemlos gedeckt werden.

F.3 Bürokratieabbau und Digitalisierung in der Kommune

Bürokratie bremst Innovation, kostet Zeit und frustriert Bürger wie Verwaltung gleichermaßen. In Rheinland-Pfalz kämpfen viele Kommunen mit überladenen Verfahren, doppelter Datenpflege und immer neuen Berichtspflichten. Digitalisierung darf kein zusätzlicher Aufwand sein – sie muss Abläufe einfacher, schneller und transparenter machen.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb einen verbindlichen Bürokratie-Check für alle Digitalisierungsvorhaben des Landes und der Kommunen. Jede neue Anwendung muss messbar entlasten – nicht belasten. Klare Online-Formulare mit Ja/Nein-Feldern, digitale Signaturen und automatische Datenübernahme zwischen Behörden sollen zur Regel werden. Entscheidungen müssen digital nachvollziehbar sein, mit Genehmigungsfristen und Genehmigungsfiktion, damit Anträge nicht in der Verwaltung stecken bleiben.

Künstliche Intelligenz (KI) kann hier zum Motor werden: Routinetätigkeiten wie Antragsprüfung, Dokumentenmanagement oder Bürgeranfragen lassen sich automatisieren, um Mitarbeiter zu entlasten und Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Aber: KI ersetzt keine Menschen – sie schafft Zeit für echte Verwaltungstätigkeit, Bürgerkontakt und individuelle Beratung. Deshalb setzen wir auf Weiterbildung und Qualifizierung, damit Verwaltungsmitarbeiter neue Technologien sicher und sinnvoll nutzen können.

Auch das Ehrenamt braucht moderne Strukturen. Vereinsvorstände, Ratsmitglieder und engagierte Bürger sollen Schulungen und praxisnahe Leitfäden erhalten, um

digitale Verwaltungsangebote selbstständig nutzen zu können. Nur wenn Digitalisierung verständlich und zugänglich ist, stärkt sie das Vertrauen in Staat und Verwaltung.

Unser Ziel ist klar: eine effiziente, bürgerfreundliche Verwaltung, die digital denkt, aber menschlich handelt – zukunftsfähig, modern und serviceorientiert.

F.4 Sportland Rheinland-Pfalz – Bewegung fördern, Ehrenamt stärken

Sport ist mehr als Freizeit – er ist gelebte Gemeinschaft, Gesundheitsvorsorge und Wertevermittlung. Rheinland-Pfalz verfügt über eine starke Vereinslandschaft, die von tausenden Ehrenamtlichen getragen wird. Damit Sport auch künftig überall im Land möglich bleibt, wollen wir FREIEN WÄHLER den Sport strukturell und finanziell auf ein sicheres Fundament stellen.

Wir setzen uns für die Schaffung einer eigenen Abteilung „Sport“ in der Landesverwaltung ein, die alle Förderprogramme bündelt, Verfahren vereinfacht und den Vereinen eine klare Ansprechstelle bietet. Sport muss sichtbar und politisch verankert sein.

Moderne Sportstätten sind die Grundlage für Breitensport und Leistungsförderung gleichermaßen. Viele Hallen und Plätze sind in die Jahre gekommen. Wir fordern daher ein Sanierungs- und Investitionsprogramm „Sport 2030“, flankiert von einem digitalen Sportstättenatlas, der Sanierungsbedarf und Fördermittel transparent erfasst. Auch Schwimmbäder gehören zur Grundversorgung – Schwimmunterricht darf keine Ausnahme mehr sein.

Das Rückgrat des Sports ist das Ehrenamt. Trainer, Übungsleiter und Vereinsvorstände leisten Unbezahlbares. Wir wollen sie entlasten – durch Bürokratieabbau, Digitalisierung der Vereinsverwaltung und eine deutliche Erhöhung der Übungsleiter- und Ehrenamtspauschalen. Fortbildungen und Präventionsangebote, etwa zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, sollen dauerhaft abgesichert und landesweit gefördert werden.

Zugleich muss Leistung honoriert werden: Trainer im Leistungs- und Spitzensport verdienen faire, tarifnahe Vergütung und stabile Perspektiven.

Unser Ziel ist ein bewegtes Rheinland-Pfalz, in dem Sport und Ehrenamt als Herzstück des gesellschaftlichen Lebens anerkannt, gefördert und wertgeschätzt werden.

G Umwelt, Energie und Infrastruktur

G.1 Gemeinsam für den Schutz unserer Flora und Fauna

Der Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt gehört für uns FREIE WÄHLER zu den Kernanliegen. Wir stehen an der Seite der Forstverwaltung und der Forstwirtschaft. Wir sagen aber auch, dass es ohne Beteiligung unserer rund 20.000 rheinland-pfälzischen Jäger nicht geht. Auch sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Natur.

Wir FREIE WÄHLER stehen auch im Bereich Umweltschutz für Transparenz in der Gesetzgebung und für die Beteiligung aller Akteure. Es kann nicht sein, dass Gesetze erarbeitet werden, die unter mangelhafter oder ganz ohne Mitwirkung der unmittelbar Betroffenen durchgesetzt werden. Wir werden deshalb bei der Umsetzung neuer Gesetze genau hinschauen – und gegebenenfalls parlamentarische Initiativen für Gesetzesänderungen auf den Weg bringen.

Wir FREIE WÄHLER sind dagegen, aus rein politischen Gründen ohne Not Kompetenzen von „unten“ nach „oben“ zu verlagern. Unnötige Zentralisierungen lehnen wir ab. Die Schwächung von lokalen Kompetenzen zu Gunsten oberer oder oberster Behörden ist zum Nachteil der Umwelt und führt auch zu einer Überlastung der übergeordneten Stellen.

Wir FREIEN WÄHLER warnen vor dem Trend in der Öffentlichkeit, unsere heimischen Wälder vor allem als Naherholungsgebiet und Erlebnisraum zu betrachten. Unsere Wälder sind kein Tummelplatz für vermeintliche Individualisten, die ihre Bedürfnisse zu Lasten der Natur rücksichtslos ausleben. Die Natur braucht Zeit und Ruhe, sich zu regenerieren. Deswegen unterstützen wir den Einsatz der Forstverwaltung für den Schutz unserer Wälder und die Schaffung vernünftiger Rahmenbedingungen für die heimische Forstwirtschaft. Unsere Wälder sind keine reinen Erholungsräume – ihr Erhalt und eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung sichern Arbeitsplätze. Dennoch kann es nicht sein, dass ureigene wirtschaftliche Interessen unter dem Deckmantel des Naturschutzes umgesetzt werden.

G.2 Umweltschutz mit Vernunft

Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag zum Umweltschutz – aber mit Maß und wirtschaftlichem Augenmaß. Der Landtag hat 2025 Klimaneutralität bis 2040 und 100 % Erneuerbare im Stromsektor bis 2030 beschlossen. Im Vergleich dazu verfolgt die EU als Ganzes das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden („net zero Treibhausgasemissionen“) – ein langfristiger, verbindlicher Rahmen der Europäischen Klimagesetz. Damit stehen Unternehmen und Kommunen in Rheinland-Pfalz unter einem deutlich früheren Zeitdruck – während zugleich Netz- und Speicherkapazitäten noch nicht in hinreichendem Maße vorhanden sind. Wir wollen dieses Landesgesetz überarbeiten und an realistische Voraussetzungen binden: Erst Netze, Speicher und Genehmigungen beschleunigen – dann zusätzliche Pflichten aufbürden.

Die Wirtschaft warnt zu Recht vor Standortrisiken durch Mehrkosten, Regulierungsdichte und Planungsunsicherheit. Ein breites Bündnis rheinland-pfälzischer Unternehmen hat 2025 vor den Folgen des Landesklimaschutzgesetzes gewarnt. Deshalb fordern wir eine verbindliche Sozial- und Wirtschaftsprüfung („SW-Check“) für jede Maßnahme: Investitions-, Beschäftigungs- und Preiswirkung müssen vorab offengelegt werden; ohne tragfähige Finanzierung und Nutzen-Beleg keine neuen Pflichten.

Unser Leitbild bleibt klar: Umweltschutz ja – Planwirtschaft nein. Rheinland-Pfalz richtet seine Ziele an den Bundeszielen aus, koppelt zusätzliche Ambitionen strikt an machbare Infrastruktur und an einen SW-Check. So schützen wir Klima, Jobs und soziale Balance zugleich – vernünftig, marktwirtschaftlich und verlässlich.

G.3 Energiepolitik: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Technologieoffenheit

Energie ist die Lebensader unserer Wirtschaft. Wir setzen uns für den Ausbau erneuerbarer Energien ein – aber nur, wenn die Infrastruktur mithält und die Versorgung sicher bleibt. Der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik muss mit leistungsfähigen Netzen und Speichern einhergehen.

Stabile und bezahlbare Energiepreise haben oberste Priorität. Wir lehnen Experimente zu Lasten von Verbrauchern und Industrie entschieden ab. Energiepolitik darf kein

ideologisches Spielfeld sein, sondern muss Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen gewährleisten.

Deshalb fordern wir die Senkung von Steuern und Abgaben, faire Netzentgelte und eine landeseigene Entlastung für energieintensive Betriebe. Rheinland-Pfalz sollte gezielt Speichertechnologien, Wasserkraft sowie – technologieoffen – auch moderne Gaskraftwerke mit CO₂-Abscheidung (CCS) fördern. Nur ein höheres Energieangebot kann langfristig für stabile und bezahlbare Preise sorgen.

Wir wollen Bürgerenergieprojekte und Energiegenossenschaften stärken und Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen. Ideologisch motivierte Projekte wie die EU-„Greenwashing“-Richtlinie lehnen wir ab, weil sie kleine und mittlere Unternehmen mit teuren Nachweispflichten belasten, ohne erkennbaren Mehrwert für Umwelt oder Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Statt neuer Hürden brauchen unsere Betriebe Entlastung, Planungssicherheit und verlässliche Energiepolitik.

G.4 Mobilität und Verkehr

Mobilität ist Grundvoraussetzung für Teilhabe, wirtschaftliche Stärke und Lebensqualität – gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz. Sie entscheidet darüber, ob Arbeit, Bildung und soziale Infrastruktur erreichbar bleiben. Doch die Realität im Land ist alarmierend: Viele Straßen und Brücken sind marode, zahlreiche Bauwerke gesperrt oder nur noch eingeschränkt befahrbar. Allein im Bereich der Bundesfernstraßen gelten laut Landesbetrieb Mobilität mehr als 150 Brücken als sanierungsbedürftig; viele stammen aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Der jahrelange Investitionsstau gefährdet nicht nur die Mobilität, sondern auch Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft. Unsere Priorität liegt deshalb klar auf der Sanierung und dem Ausbau von Straßen, Brücken und Verkehrsachsen.

Wir wollen den ÖPNV stärken, Schienenreaktivierungen vorantreiben und Busverbindungen im ländlichen Raum ausbauen – aber ohne ideologische Scheuklappen. Mobilitätspolitik muss realistisch, nicht dogmatisch sein. Pauschale Verbote lehnen wir ab. Das von der EU geplante Vorhaben, ab 2030 Verbrennungsmotoren in gewerblichen Flotten zu verbieten, ist wirtschaftlich unvernünftig und infrastrukturell nicht umsetzbar.

Deutschland verfügt über rund 49 Millionen Pkw – die Vorstellung, diese binnen weniger Jahre vollständig durch Elektromobilität zu ersetzen, ist angesichts der unzureichenden Ladeinfrastruktur, Netzkapazitäten und Rohstoffabhängigkeiten unrealistisch. Gleiches gilt im gewerblichen Bereich.

Wir FREIE WÄHLER stehen für Technologieoffenheit statt Zwang: Innovation soll sich durch marktwirtschaftliche Anreize, nicht durch staatliche Verbote durchsetzen. Dazu zählen synthetische Kraftstoffe, Wasserstoff, moderne Hybridtechnologien und eine schrittweise Elektrifizierung dort, wo sie sinnvoll und wirtschaftlich ist.

Kommunen sollen Verkehrskonzepte vor Ort entwickeln können – angepasst an ihre topografischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten – und dabei Radverkehr, Elektromobilität und motorisierten Individualverkehr sinnvoll verbinden, ohne den Alltag von Pendlern, Handwerkern oder Familien zu erschweren.

Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und funktionierende Mobilität – mit einem klaren Vorrang für Infrastruktur-erhalt und wirtschaftliche Vernunft.

G.5 Infrastruktur und Digitalisierung

Unser Land braucht leistungsfähige Netze – beim Strom genauso wie bei Daten. Funklöcher und langsames Internet sind mittlerweile ein Standortnachteil, keine Bagatelle. In Rheinland-Pfalz gibt es 2025 noch immer Orte, an denen das Handynet komplett ausfällt – in Dörfern, entlang Straßen und sogar in manchen Gemeinden. Die Breitbandmessung zeigt: Teile des Landes verfügen über gar kein Netz oder nur minimale 4G/5G-Kapazität.

Deshalb fordern wir flächendeckend Glasfaser bis ins Haus und 5G/6G-Mobilfunk an jeder „Milchkanne“. Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden; die Landesregierung muss Förderprogramme mit privaten Anbietern beschleunigen und massiv ausweiten. Behörden und Planungsstellen müssen digital arbeiten, Genehmigungen vollständig online erteilt werden können, und Bauprojekte dürfen nicht an überholten Vorschriften scheitern.

Auch der Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur für alternative Kraftstoffe gehört grundlegend zu einer modernen Infrastruktur — aber zuerst kommt die digitale Basis.

G.6 Forschung und Innovation

Klimafreundliche Technologien entstehen nicht durch Verbote, sondern durch Forschung und Unternehmergeist. Rheinland-Pfalz soll sich an einem Innovationsnetzwerk beteiligen, das Universitäten, Hochschulen und Unternehmen in den Bereichen Energieeffizienz, Speichertechnik, Kreislaufwirtschaft und klimafeste Infrastruktur vernetzt. Wir wollen die Ausbildung von Ingenieuren und Technikern fördern und Reallabore für neue Technologien wie Power-to-Gas und Carbon Capture unterstützen.

H Wissenschaft, Forschung und Hochschule

Rheinland-Pfalz verfügt über leistungsfähige Hochschulen, Universitäten und Forschungsinstitute. Ihre Stärke ist entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Wissenschaftsfreiheit, solide Finanzierung und eine enge Verzahnung mit der Wirtschaft sind dabei zentrale Säulen.

H.1 Hochschulstandorte sichern und ausbauen

Rheinland-Pfalz steht vor einem echten Standorttest: Die Zahl der Studierenden sinkt seit Jahren – und das schwächt Innovation, Forschung und die regionale Wirtschaft. Nach Angaben des CHE waren im Wintersemester 2024/25 rund 110.000 Studenten an den Hochschulen des Landes eingeschrieben – ein deutlicher Rückgang gegenüber der Zeit vor zehn Jahren. Besonders betroffen sind kleinere Standorte, die mit einem schleichenden Bedeutungsverlust kämpfen. So zählte die Universität Trier 2015 noch rund 13.000 Studenten, heute sind es nur noch gut 10.400. Auch andere Hochschulen, etwa in Koblenz oder Ludwigshafen, verzeichnen sinkende Einschreibungen.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für eigenständige Universitäten statt eines zentralistischen Gesamthochschulmodells, das Profile verwässert und Leistungsanreize nimmt. Hochschulen brauchen klare Schwerpunkte und planbare Finanzierung, keine Gleichmacherei. Deshalb fordern wir eine langfristige Grundfinanzierung mit leistungsbezogenen Anteilen, um Forschung, Lehre und Profilbildung gezielt zu stärken. Zukunftsfächer wie Medizin, Pflege, Ingenieurwissenschaften, Informatik, KI, Klimatechnik und Cybersicherheit müssen dabei Vorrang haben – dort entstehen Arbeitsplätze und Wertschöpfung.

Darüber hinaus wollen wir die Studienbedingungen spürbar verbessern: moderne Labore, Bibliotheken, digitale Infrastruktur und mehr Wohnheimplätze sind entscheidend, damit junge Menschen nach Rheinland-Pfalz kommen und bleiben. Kooperationen mit der Großregion und Luxemburg, internationale Austauschprogramme und eine engere Verzahnung von Schule, Ausbildung und Studium sichern die Wettbewerbsfähigkeit.

Unser Ziel ist eine Hochschullandschaft, die leistungsorientiert, eigenständig und zukunftsgerichtet ist – mit klaren Profilen statt Strukturen von oben, mit Konzentration auf Qualität statt auf Symbolpolitik. So sichern wir Rheinland-Pfalz als attraktiven Bildungs- und Forschungsstandort.

H.2 Forschungsförderung und Transfer

Innovationen entstehen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft. Deshalb wollen wir Transferzentren ausbauen, die Forschungsergebnisse schnell in marktfähige Produkte überführen. Durch regionale Innovations-Cluster und gemeinsame Projekte von Hochschulen und Mittelstand können neue Technologien schneller umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen Förderprogramme unbürokratisch gestaltet werden, damit sie auch kleinen Betrieben offenstehen.

H.3 Wissenschaftsfreiheit und Nachwuchsförderung

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein unverhandelbares Grundrecht. Eingriffe durch parteipolitische und ideologische Vorgaben lehnen wir ab. Gleichzeitig fordern wir bessere Karrierewege für wissenschaftlichen Nachwuchs: verlässliche Beschäftigungsverhältnisse, transparente Qualifizierungsphasen und mehr Professuren. Stipendienprogramme sollen talentierte Studenten aus allen sozialen Schichten unterstützen, und Elternzeit sowie Teilzeitmodelle müssen im Wissenschaftsbetrieb selbstverständlich sein.

H.4 Kooperationen und lebenslanges Lernen

Lernen hört nicht nach dem Studium auf. Wir unterstützen Weiterbildungsangebote an Hochschulen, z. B. berufsbegleitende Masterstudiengänge, und möchten neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen etablieren. Schülerlabore, Hochschulkurse für Lehrkräfte und MINT-Förderprogramme sollen den Nachwuchs für Technik und Naturwissenschaften begeistern.

I Kultur und Heimatpflege

Kultur ist mehr als Unterhaltung – sie ist Ausdruck unserer Geschichte, Gegenwart und Vielfalt. Gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist es wichtig, Kunst und Kultur in die Breite zu tragen und die kulturelle Infrastruktur zu stärken.

I.1 Kultur für alle

Wir FREIEN WÄHLER stehen für eine Kulturpolitik, die Kunst und Kultur auch Menschen mit geringem Einkommen zugänglich macht. Freier oder deutlich vergünstigter Eintritt in Museen, Theater und staatliche Sammlungen kann nur ein Aspekt einer umfassenden Strategie sein. Nötig ist ein Konzept, das Barrieren abbaut, neue Besucherschichten erschließt und ein reichhaltiges Angebot in allen Regionen sicherstellt. Dazu gehört die Bestandsaufnahme der bestehenden Einrichtungen und eine zielgerichtete Förderung von Projekten in strukturschwachen Räumen.

I.2 Kulturförderung

Wir FREIE WÄHLER setzen uns vollumfänglich für die Schaffung eines „Kulturförderungsgesetzes“ ein. Hierdurch wird das Engagement der Künstler in Rheinland-Pfalz aufgewertet. Ein solches Gesetz würde die Basis dafür schaffen, dass Kultur keine „Freiwillige Leistung“ der Staatsorgane mehr ist und zum Beispiel bei schlechter Haushaltslage beliebig zur Disposition gestellt oder kaputtgespart werden kann. Wir fordern, die Kultur nach dem Vorbild von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit der Sportförderung gleichzustellen.

Wir FREIE WÄHLER fordern kommunale kulturelle Veranstaltungen auf Landesebene stärker zu fördern. Förderschlüssel sollen sich an der Einwohnerzahl orientieren. Das schafft Transparenz und trägt dazu bei, Bürokratie abzubauen. Die Vielfalt kultureller Einrichtungen in Rheinland-Pfalz reicht vom Dorftheater über Chöre, Museen und Landesbibliotheken bis zu Festivals. Wir fordern eine vereinfachte Förderung für kommunale und ehrenamtliche Kulturarbeit, die sich am Bedarf und an der Einwohnerzahl orientiert und bürokratische Hürden abbaut. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Musikschulen und Kulturinitiativen muss gestärkt werden – durch Zuschüsse, Beratung und Anerkennung.

I.3 Ehrenamtliches Engagement belohnen

Die rheinland-pfälzische Kulturszene lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Ohne diesen Einsatz gäbe es viele kulturellen Angebote nicht. Ehrenamtler brauchen „messbare“ Anerkennung. Diese könnte durch die Anrechnung auf die Lebensarbeitszeit erfolgen: Wer sich beispielsweise zehn Jahre lang ehrenamtlich engagiert hat, kann ein halbes Jahr früher in Rente gehen.

I.4 Kreativwirtschaft und neue Medien

Rheinland-Pfalz soll attraktiver Standort für Film-, Musik- und Gaming-Projekte werden. Wir wollen Existenzgründungen in der Kreativwirtschaft erleichtern und die Vernetzung mit Hochschulen fördern. Digitalisierung eröffnet neue Formate wie Podcasts, Virtual Reality oder Streaming – diese Chancen müssen genutzt werden. Junge Talente verdienen Plattformen, auf denen sie sich ausprobieren können.

I.5 Denkmalschutz und traditionelle Kultur

Die Pflege historischer Gebäude und Ensembles sowie die Bewahrung regionaler Bräuche gehören zu unserem kulturellen Erbe. Wir setzen uns für einen wirksamen Denkmalschutz mit angemessenen Fördermitteln ein. Bau- und Sanierungsvorgaben müssen praxisgerecht sein; Eigentümer historischer Gebäude dürfen nicht alleingelassen werden. Volksfeste, Mundart und traditionelle Handwerke bereichern unsere Identität und verdienen Unterstützung.

J Europa und internationale Zusammenarbeit

Rheinland-Pfalz ist ein europäisches Bundesland im Herzen des Kontinents. Die europäische Einigung hat Frieden und Wohlstand gebracht. Zugleich dürfen Kompetenzen nicht immer weiter nach Brüssel verlagert werden – die Ebene mit der größten Nähe zu den Bürgern soll entscheiden.

J.1 Subsidiarität und Demokratie

Wir bekennen uns zur Europäischen Union, wollen aber eine EU der Regionen und Bürger. Die Regionen müssen stärker beteiligt werden; der Landtag braucht Mitspracherechte bei EU-Vorhaben. Überregulierung wie die Greenwashing-Richtlinie lehnen

wir ab, weil sie kleine und mittlere Unternehmen mit bürokratischem Aufwand belastet. Stattdessen fordern wir mehr Vertrauen in die Innovationskraft der Wirtschaft und eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

J.2 Faires Europa der Wirtschaft und Innovation

Europa soll ein Raum des freien Handels und des fairen Wettbewerbs bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische Vorgaben die wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz unterstützen, statt sie zu behindern. Technologieneutralität bei der Antriebs- und Energiepolitik ist für uns zentral – Verbote wie das pauschale Verbrennerverbot ab 2030 in gewerblichen Flotten lehnen wir ab. Europa muss global konkurrenzfähig sein; dafür braucht es Investitionen in Forschung und digitale Infrastruktur sowie bessere Rahmenbedingungen für Start-ups.

J.3 Grenzregion stärken – Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in der Großregion

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas – mitten in der Großregion mit Luxemburg, Frankreich und Belgien. Hier entscheidet sich, ob unser Land wirtschaftlich mithalten kann. Schon heute pendeln viele Menschen täglich nach Luxemburg, etliche davon aus Rheinland-Pfalz. Daraus erwachsen Chancen, aber auch Herausforderungen für Verkehr, Fachkräftesicherung und Wohnraum. Wir FREIEN WÄHLER wollen die Grenzregion zu einem echten Zukunftsraum entwickeln: mit besserer Verkehrsanbindung, abgestimmten Arbeitsmarktregelungen und gemeinsamer Infrastrukturpolitik. Konkret fordern wir ein integriertes Grenzverkehrsticket in Anlehnung an das Deutschlandticket, schnellere Genehmigungen für Bahn- und Straßenprojekte sowie ein One-Stop-Portal für Grenzpendler, das Steuer-, Sozialversicherungs- und Familienfragen digital bündelt.

Gleichzeitig wollen wir die wirtschaftliche und energetische Zusammenarbeit vertiefen. Projekte wie die grenzüberschreitende Wasserstoffleitung mosaHYc zeigen, wie Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit zusammengehen. Rheinland-Pfalz soll sich aktiv an solchen Vorhaben beteiligen, um seine Industrie- und Forschungsstandorte zu stärken. Frieden und Stabilität in Europa sichern wir nicht durch mehr Bürokratie, sondern durch praktische Zusammenarbeit: gemeinsame Bildungsinitiativen, Schüleraustausch, zweisprachige Bildung und Katastrophenschutz über Grenzen hinweg. So

entsteht ein Europa der Regionen – stark durch Kooperation, frei im Denken und wirtschaftlich wettbewerbsfähig.

J.4 Subsidiarität statt Überregulierung

Europa braucht Regeln – aber keine Regulierungsflut. Wir FREIEN WÄHLER stehen für ein Europa, das den Menschen und Unternehmen dient, nicht sie überfordert. Der Binnenmarkt lebt von Freiheit und Wettbewerb, nicht von Formularen und Berichtspflichten. Deshalb fordern wir eine europäische Bürokratiebremse, nach dem Prinzip „one in – one out“, bei besonders belastenden Maßnahmen sogar „two out“. Für jede neue EU-Verordnung müssen mindestens zwei alte oder überholte Vorgaben gestrichen werden. Der bestehende Ansatz der EU-Kommission zur „Better Regulation“ und das REFIT-Programm bleiben bislang unverbindlich. Wir wollen daraus verbindliches Recht machen – mit klar messbaren Entlastungszielen und einem verpflichtenden KMU-Check, der sicherstellt, dass kleine und mittlere Unternehmen von überzogener Regulierung ausgenommen werden.

Gerade aktuelle Beispiele zeigen, wie notwendig das ist: Die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) droht viele Mittelständler mit zusätzlichen Pflichten zu überziehen; die Entwaldungsverordnung (EUDR) zwingt kleine Betriebe zu Nachweisen, die sie organisatorisch kaum leisten können; und der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) belastet Unternehmen mit zusätzlicher Datenerhebung, ohne den Klimaschutz sichtbar zu verbessern. Diese Regelungen gehören auf den Prüfstand. Wir fordern klare Schwellenwerte, praxisgerechte Standardformulare und digitale Einmalerefassungen nach dem Prinzip „once only“.

Subsidiarität bedeutet, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie am besten verstanden werden – in den Regionen, Kommunen und Betrieben, nicht in Brüssel. Die Europäische Union soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Energie- und Versorgungssicherheit, Außengrenzschutz und internationale Stabilität. Nur ein Europa, das Maß hält, bleibt stark – für seine Bürger, seine Unternehmen und seine Freiheit.

K Migration, Integration und Zusammenhalt

Zuwanderung ist differenziert zu betrachten: Asyl ist Grundrecht für politisch Verfolgte und nicht disponibel – gleiches gilt für subsidiären Schutz; Arbeitsmigration hingegen muss gesteuert, qualifikationsorientiert und rechtsstaatlich geregelt werden. Unser Grundsatz lautet: Wer bleiben darf, soll integriert werden. Wer nicht bleiben darf, muss zurückkehren.

Besonders gewinnbringend für unser Land ist die gezielte Anwerbung gut qualifizierter Fachkräfte – jene, die zu unserem Arbeitsmarkt passen, Verantwortung übernehmen und sich dauerhaft in die Gesellschaft einbringen wollen. Wer dauerhaft hier leben möchte, muss von Anfang an wissen, worauf er sich einlässt: Sprache beherrschen, Rechtsordnung respektieren, wirtschaftliche Teilhabe anstreben. Solche Pflichten werden in transparenten Integrationsverträgen geregelt, wie sie in Norwegen und Österreich erfolgreich praktiziert werden.

Unser Rechtsstaat und das Grundgesetz gelten über alle privaten oder religiösen Ordnungen hinweg – wer bei uns leben möchte, muss unsere Verfassungs- und Werteordnung anerkennen und einhalten.

K.1 Rückführungen konsequent durchsetzen – Ausreisepflicht gilt

Wer in Deutschland kein Bleiberecht hat, muss das Land verlassen. Diese Rechtsordnung ist nicht verhandelbar. Ein funktionierender Rechtsstaat braucht klare Entscheidungen und deren zügige Umsetzung. Asyl schützt politisch Verfolgte. Für Fachkräfte haben wir klare Einwanderungsregeln.

Straffällig gewordene und vollziehbar ausreisepflichtige Personen sind unverzüglich zurückzuführen – rechtssicher, menschenwürdig und ohne jahrelange Duldung. Das seit 2024 geltende Rückführungsverbesserungsgesetz werden wir in Rheinland-Pfalz vollumfänglich anwenden: Ausweitung der Abschiebehaftgründe, erweiterte Durchsuchungsbefugnisse, Beschlagnahme von Identitätspapieren und Handys zur Identitätsfeststellung. Wir stärken Ausländerbehörden personell und digital und stellen Abschiebehaftplätze bedarfsorientiert bereit.

Dazu gehören verbindliche Rückführungsabsprachen mit Herkunftsstaaten – notfalls durch Koppelung von Entwicklungshilfe an Kooperationsbereitschaft – und ein

landesweites Rückführungs-Controlling mit transparenten Quoten und Zuständigkeiten. Freiwillige Rückkehr hat Vorrang, aber nur bei klar erkennbarer Kooperationsbereitschaft.

K.2 Ausreisepflicht muss durchgesetzt werden

Wer sich seiner Ausreisepflicht entzieht, Identitätsfeststellungen verweigert, Abschiebetermine sabotiert oder Passersatzbeschaffung blockiert, muss mit spürbaren Konsequenzen rechnen:

Bezahlkarte flächendeckend einführen – alle Asylbewerber und Geduldete erhalten Leistungen über eine Bezahlkarte, mit Ausnahmeregelungen für besondere Härtefälle. Keine Auslandsüberweisungen. Keine Online-Glücksspiele. Das reduziert Verwaltungsaufwand, verhindert Missbrauch und bindet Gelder.

Sachleistungen für Nichtkooperative – wer aktiv seine Rückführung verhindert, erhält nach Einzelfallprüfung statt Geldleistungen Verpflegung, Unterkunft und medizinische Versorgung in Naturalform. Das Existenzminimum bleibt gewahrt, aber darüber hinausgehende Leistungen werden gestrichen.

Residenzpflicht auf Landkreisebene – ausreisepflichtige Geduldete unterliegen räumlicher Beschränkung auf den Landkreis ihrer Unterbringung mit Ausnahmegenehmigungen für Arbeit, Ausbildung und notwendige Behördengänge. Das erleichtert Erreichbarkeit und verhindert Untertauchen.

K.3 Spurwechsel für echte Integrationsleistung – rechtspolitische Forderung

Gleichzeitig fordern wir (über eine Bundesratsinitiative) eine bundesweite Erweiterung des Spurwechsels für gut integrierte Menschen: Wer trotz Ausreisepflicht nachweislich in Arbeit oder Ausbildung integriert ist (Sprachniveau mindestens B1, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsvertrag seit mindestens 18 Monaten, keine Sozialleistungen, keine Vorstrafen), soll über ein transparentes Punktesystem aus der Duldung in einen regulären Aufenthaltstitel wechseln können. Voraussetzung: Klärung der Identität, Sicherheitsüberprüfung bestanden, aktive Mitwirkung an der Passbeschaffung.

Dieser Spurwechsel ist eine pragmatische Anerkennung von Integrationsleistung. Er gilt nur für Menschen, die sich aktiv eingebracht haben – nicht für diejenigen, die

jahrelang von Duldung zu Duldung leben. Vorbild sind transparente Fachkräftesysteme wie Kanadas „Express Entry“ oder Österreichs Rot-Weiß-Rot-Karte.

K.4 Kommunale Entlastung durch Koordination und Effizienz

Zur Entlastung der Kommunen schaffen wir ein landesweites Rückführungszentrum nach bayerischem Vorbild. Dieses Zentrum bündelt Expertise, koordiniert Charterflüge, verhandelt mit Herkunftsstaaten, betreibt Identitätsklärung und entlastet kommunale Ausländerbehörden. Zudem führen wir verpflichtende Digitalisierung aller Ausländerbehörden ein – einheitliche Software, durchgängige digitale Akten, automatisierte Fristenkontrolle.

Rheinland-Pfalz braucht zudem zentrale Erstaufnahmeeinrichtungen mit integriertem Rückführungsmanagement nach baden-württembergischen Vorbild. Ankunft, Entscheidung, Rückführung unter einem Dach. Das beschleunigt Verfahren, verhindert Untertauchen und entlastet Kommunen.

K.5 Integration für Bleibeberechtigte – Fordern und Fördern

Wer anerkannt ist und bleiben darf, hat Anspruch auf Integration – und die Pflicht dazu. Integrationsverträge nach norwegischem Vorbild regeln wechselseitige Verpflichtungen verbindlich.

Der Staat bietet: Deutschkurse ab dem ersten Tag mit maximaler Wartezeit von zwei Monaten. Sofortiger Arbeitsmarktzugang für Anerkannte, Beschäftigungserlaubnis nach drei Monaten für Asylbewerber mit Bleibeperspektive. Beschleunigte Anerkennung ausländischer Abschlüsse innerhalb von sechs Monaten. Vorrangige Kita-Plätze für Integrationskursteilnehmer, Schulpflicht ab Tag eins ohne Ausnahmen. Professionelle Beratung durch kommunale Integrationsbeauftragte.

Die Zugewanderten verpflichten sich: Verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen – Fehlzeiten über 10 % ohne triftigen Grund führen zu Leistungskürzungen pro Kurs-tag. Sprachniveau mindestens B1 innerhalb von drei Jahren, sonst Gefährdung des Aufenthaltstitels bei Verlängerung. Nach Integrationskurs wird Erwerbstätigkeit oder Ausbildung erwartet – bei Arbeitsverweigerung erfolgen Leistungskürzungen. Respekt vor Rechtsordnung und Grundgesetz – Straftaten und verfassungsfeindliche Aktivitäten führen zu aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen bis zum Widerruf.

Kommunale Integrationsnetzwerke stärken: Ehrenamtliche Helfer, Sprachpatenschaften, Sportvereine und Kirchengemeinden leisten unverzichtbare Integrationsarbeit. Wir fördern diese Netzwerke durch hauptamtliche Koordinierungsstellen in allen Landkreisen, finanzielle Unterstützung für Begegnungsprojekte und Fortbildungsangebote für ehrenamtliche Integrationslotsen. Integration gelingt vor Ort – mit professioneller Unterstützung und bürgerschaftlichem Engagement.

K.6 Rechtliche Richtschnur: Grundgesetz und Europarecht

Alle Maßnahmen erfolgen im Rahmen der Verfassung. Das Existenzminimum nach Art. 1 GG ist unantastbar – aber es garantiert Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung, nicht Geldleistungen oder Freizügigkeit. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention bleiben Richtschnur, ebenso das Asylgrundrecht nach Art. 16a GG.

Zugleich orientieren wir uns an europäischen Ländern, die Konsequenz und Rechtsstaatlichkeit verbinden: Österreichs Integrationsverträge mit Sanktionen, Schwedens Arbeitsmigrationsfokus mit strengen Voraussetzungen, Schweizer Durchsetzungsquoten bei Rückführungen. Klare Verfahren, klare Konsequenzen, klare Rückführung.

So sichern wir Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftliche Akzeptanz und geordnete Migration. Wer bleiben darf, wird integriert. Wer nicht bleiben darf, muss gehen. Das ist nicht hart – das ist rechtsstaatlich.

L Zusammenfassung und Ausblick

Das vorliegende Programm ist das Ergebnis intensiver Arbeit der Programmkommision und der Arbeitsgruppen. Es vereint die Erfahrungen der parlamentarischen Gruppe, der ehemaligen Fraktion und der Parteibasis. Wir setzen auf starke Kommunen, eine leistungsfähige Wirtschaft, gute Bildung, eine menschliche Gesundheitsversorgung und den Schutz unserer bäuerlichen Betriebe. Gleichzeitig stehen wir für mehr direkte Demokratie, die Achtung der Grundrechte und den entschiedenen Kampf gegen Extremismus.

Die FREIEN WÄHLER wollen Rheinland-Pfalz voranbringen – mit gesundem Menschenverstand, Mut zu neuen Wegen und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Landtagswahlprogramm
Beschlussfassung vom
Programmpartei 2025
am 22.11.2025 in Bärenbach

FREIE WÄHLER Rheinland-Pfalz
Der Landesvorstand
Friedrich-Mohr-Str. 7
56070 Koblenz

